



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: Keine

Schaffung einer Fachstelle für Gesellschaftsfragen prüfen

Postulat der Landratsmitglieder Doris Marty und Verena Bürgi zur Familienpolitik

In teilweiser Gutheissung des Postulats beabsichtigt die Nidwaldner Regierung, die Bearbeitung familienpolitischer Themen einer neu zu schaffenden Fachstelle für Gesellschaftsfragen zu übertragen. Auf eine weitere Bestandaufnahme der Familiensituation in Nidwalden in einem umfassenden Bericht will sie hingegen verzichten.

Die Postulantinnen Doris Marty, Buochs, und Verena Bürgi, Dallenwil, fordern die Regierung auf, dem Landrat einen umfassenden Bericht zum aktuellen Stand der Familiensituation im Kanton Nidwalden vorzulegen und die Einsetzung einer Koordinationsstelle für Familienfragen zu prüfen. Sie wollen den Regierungsrat zudem beauftragen, mögliche Massnahmen zur Umsetzung familienpolitischer Ziele und Forderungen im Kanton Nidwalden zu prüfen und Prioritäten festzulegen.

Nach Ansicht der Nidwaldner Regierung ist die Situation der Familien in Nidwalden bereits in umfassender Weise dokumentiert. Sie hat im Juni Leitsätze zu einer Familienpolitik verabschiedet. Diese orientieren sich am Familienleitbild aus dem Jahr 2003. Zudem wurde die dazugehörige Situationsanalyse der Familienpolitik aktualisiert.

Der Regierungsrat heisst dagegen den Antrag der Postulantinnen zur Einsetzung einer Koordinationsstelle für Familienfragen gut. Er möchte diese in einer Fachstelle für Gesellschaftsfragen integrieren. Die vernetzte und koordinierte Bearbeitung gesellschaftspolitischer Themen müsse sich an übergeordneten und bereichsübergreifenden Zielsetzungen orientieren, gelte es doch, neben der Familienpolitik weitere gesellschaftspolitische Themen zu bearbeiten: Gesundheitsförderung und Prävention, Gleichstellung von Frau und Mann, Integration oder Alter und Behinderung. Durch die vernetzte und koordinierte Arbeitsweise könne mit den eingesetzten Ressourcen eine stärkere Wirkung erzielt werden, hält die Regierung fest.

Die kommunalen Körperschaften (Politische Gemeinden, Schulgemeinden, Landeskirchen), das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement Obwalden sowie das Amt für Volksschulen und die Kantonspolizei werden eingeladen, zum Bericht der Gesundheits- und Sozialdirektion zur Schaffung einer Fachstelle für Gesellschaftsfragen Stellung zu nehmen. Nach Eingang der Vernehmlassungen ist dem Regierungsrat eine definitive Vorlage mit den Anträgen in Bezug auf die notwendigen personellen Ressourcen bzw. Leistungsauftragserweiterungen zu unterbreiten. Das Projekt ist so zu terminieren, dass allenfalls notwendige Leistungsauftragserweiterungen mit den Anträgen zum Voranschlag 2009 koordiniert werden können.

RÜCKFRAGEN: Mittwoch, 21. November, 10 bis 12 Uhr

Regierungsrat Leo Odermatt, Gesundheits- und Sozialdirektor, Telefon 041 618 / 76 02
Ruedi Meyer, Vorsteher Sozialamt, Telefon 041 / 618 75 51

Stans, 21. November 2007